

Macht ohne Mehrheit: Die AfD-Strategie wirkungsökonomisch erklärt

Vorbemerkung / Einordnung Dieser Artikel bzw. dieses Dossier
existiert, weil die politische Debatte über den Erfolg der AfD seit
Jahren an derselben Stelle...

**Digitale
Lesefassung**
Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online
[wirkungssoekonomie.de/blog/linkedin/2026-02-07-macht-ohne-mehrheit-die-afd-
strategie-wirkungsokonomisch-erklart.html](https://wirkungssoekonomie.de/blog/linkedin/2026-02-07-macht-ohne-mehrheit-die-afd-strategie-wirkungsokonomisch-erklart.html)

Vorbemerkung / Einordnung

Dieser Artikel bzw. dieses Dossier existiert, weil die politische Debatte über den Erfolg der AfD seit Jahren an derselben Stelle scheitert. Sie konzentriert sich auf einzelne Aussagen, Programme, Skandale oder Personen - und verfehlt damit den eigentlichen Kern des Problems. Denn der politische Einfluss der AfD lässt sich nicht hinreichend durch Inhalte erklären. Er entsteht durch **Wirkung**.

Das vorliegende Dossier verfolgt daher einen anderen Ansatz. Es analysiert die AfD nicht primär als Partei mit bestimmten Positionen, sondern als **Akteur mit einer hochgradig wirksamen politischen Strategie**, in der Kommunikation selbst zum zentralen Machtinstrument geworden ist. Entscheidend ist nicht, *was* gesagt wird, sondern **wie politische Effekte systematisch erzeugt, verstärkt und stabilisiert werden**.

Ziel dieses Dossiers ist es, diese Strategie sichtbar und erklärbar zu machen - nicht auf der Ebene moralischer Bewertung, sondern auf der Ebene ihrer **politischen und gesellschaftlichen Wirkung**.

Abgrenzung

Dieses Dossier ist bewusst klar begrenzt und methodisch präzise angelegt:

- **Keine Parteipolemik.** Es geht nicht um Empörung, Lagerzugehörigkeit oder politische Abrechnung. Die AfD wird hier als Referenzfall analysiert, weil sie eine besonders effiziente Form politischer Kommunikations- und Machtstrategie verkörpert - nicht, weil sie moralisch bewertet werden soll.
- **Keine Verschwörungserzählung.** Wo externe Einflusslogiken oder geopolitische Kontexte eine Rolle spielen, werden sie wirkungslogisch und faktenbasiert betrachtet. Es geht nicht um geheime Steuerung, sondern um **nachweisbare Effekte und funktionale Anschlussfähigkeit** politischer Strategien.
- **Keine Moraldiagnose.** Dieses Dossier fragt nicht nach „richtig“ oder „falsch“, sondern nach **stabilisierender oder destabilisierender Wirkung**. Moralische Kategorien erklären keine politischen Dynamiken - Wirkungszusammenhänge schon.

Diese Abgrenzungen sind keine Abschwächung, sondern Voraussetzung für analytische Klarheit. Nur wenn politische Strategien nicht moralisiert, personalisiert oder mystifiziert werden, lassen sich ihre realen Effekte verstehen.

Zentrale Perspektive

Die leitende Perspektive dieses Dossiers ist wirkungsökonomisch:

Wirkung entsteht systemisch - nicht intentional.

Politische Kommunikation wirkt nicht, weil einzelne Akteure etwas „wollen“, sondern weil Aussagen, Reaktionen, mediale Verstärkung und soziale Weiterverbreitung in einem dynamischen System zusammenwirken. Wirkung entsteht kumulativ, pfadabhängig und häufig unabhängig von ursprünglichen Absichten.

Deshalb richtet dieses Dossier den Blick nicht auf Motive, sondern auf **Wirkungsketten**. Es analysiert, wie bestimmte Kommunikationsmuster Aufmerksamkeit, Polarisierung, Misstrauen und Handlungsblockaden erzeugen - und warum diese Effekte politisch relevant sind.

Die AfD wird in diesem Dossier nicht als Ausnahme behandelt, sondern als **besonders konsequenter Nutzer dieser Logiken**. Ihr Erfolg macht sichtbar, welche Formen politischer Macht im digitalen Zeitalter funktionieren - und welche Risiken daraus für die Stabilität demokratischer Systeme entstehen.

Kapitel I - Kommunikation ist politische Macht

Politische Macht wird häufig noch immer primär über formale Kategorien gedacht: Mandate, Mehrheiten, Programme, Institutionen. Kommunikation erscheint in diesem Verständnis als nachgeordnetes Mittel - als Instrument zur Vermittlung politischer Inhalte. Dieses Dossier setzt an einem anderen Punkt an. Es geht von der Beobachtung aus, dass sich politische Macht im digitalen Zeitalter **grundlegend verschoben** hat. Kommunikation ist nicht mehr bloß Transportmittel von Politik, sondern **ihr zentraler Wirkmechanismus**.

Der politische Einfluss der AfD lässt sich vor diesem Hintergrund nur verstehen, wenn Kommunikation selbst als **strategisches Machtfeld** analysiert wird.

1. Kommunikation erzeugt Wirklichkeit, nicht nur Meinung

Politische Kommunikation formt nicht lediglich individuelle Meinungen, sondern **kollektive Wahrnehmungsräume**. Sie entscheidet darüber,

- welche Themen als relevant gelten,
- welche Deutungen plausibel erscheinen,
- welche Akteure als legitim oder illegitim wahrgenommen werden,
- und welche Handlungsoptionen überhaupt noch denkbar sind.

Wer diese Wahrnehmungsräume prägt, strukturiert politische Realität - noch bevor formale Entscheidungen getroffen werden. Macht wirkt damit zunehmend **vorpolitisch**: nicht durch Gesetze oder Programme, sondern durch die Ordnung des Sagbaren, Denkbaren und Anschlussfähigen.

Die AfD nutzt diese Verschiebung systematisch. Ihre Kommunikation zielt nicht primär darauf ab, politische Lösungen zu vermitteln, sondern darauf, **Deutungsrahmen zu setzen**, in denen politische Aushandlung selbst delegitimiert wird. Damit verschiebt sich Macht von der Ebene demokratischer Verfahren auf die Ebene diskursiver Kontrolle.

2. Von der Aussage zur Wirkung: Warum Inhalte allein nicht erklären

Ein zentrales Missverständnis der öffentlichen Debatte besteht darin, politische Kommunikation auf einzelne Aussagen zu reduzieren. Aussagen werden geprüft, widerlegt, skandalisiert oder moralisch bewertet. Doch diese Perspektive greift zu kurz.

Politische Wirkung entsteht nicht linear aus einzelnen Inhalten. Sie entsteht **systemisch** - durch das Zusammenspiel von:

- wiederholten Botschaften,
- emotionalen Resonanzen,
- medialer Verstärkung,
- algorithmischer Sichtbarkeit,
- sozialer Weiterverbreitung und Gegenreaktionen.

In diesem Geflecht verlieren einzelne Aussagen ihre isolierte Bedeutung. Entscheidend ist nicht ihre faktische Richtigkeit, sondern ihre **funktionale Rolle im Gesamtsystem**. Eine Aussage kann politisch wirksam sein, selbst wenn sie sachlich falsch oder widersprüchlich ist - solange sie Aufmerksamkeit erzeugt, Zugehörigkeit stiftet oder Misstrauen verstärkt.

Die AfD-Strategie ist genau auf diese Logik ausgerichtet. Sie operiert nicht argumentativ, sondern **wirkungsorientiert**.

Politische Kommunikation entfaltet ihre Wirkung dabei nicht unmittelbar. Zwischen Aussage und politischem Effekt liegt eine entscheidende Zwischenebene: Das **Wirkungspotenzial**. Wirkungspotenziale sind keine Wirkungen selbst, sondern strukturierte Möglichkeiten, Wirkung zu erzeugen - etwa durch Aufmerksamkeit, emotionale Aktivierung, Polarisierung oder Vertrauensverschiebung. Ob und wie diese Potenziale wirksam werden, hängt nicht von der Intention der Akteure ab, sondern von den systemischen Bedingungen ihrer Verarbeitung: medial, sozial und institutionell. Dieses Dossier analysiert politische Kommunikation daher nicht auf der Ebene einzelner Aussagen, sondern auf der Ebene der von ihr erzeugten Wirkungspotenziale.

3. Kommunikation als strategisches Handeln

Vor diesem Hintergrund ist Kommunikation nicht als Begleiterscheinung politischer Strategie zu verstehen, sondern als **ihr Kern**. Politisches Handeln vollzieht sich zunehmend nicht mehr primär in Parlamenten oder Programmen, sondern in der **kontinuierlichen Beeinflussung öffentlicher Resonanz**.

Die AfD nutzt Kommunikation gezielt, um:

- Aufmerksamkeit zu monopolisieren,
- Konflikte zuzuspitzen,
- Identitäten zu polarisieren,
- institutionelles Vertrauen zu untergraben,
- und politische Entscheidungsfähigkeit zu blockieren.

Diese Effekte sind politisch relevant, auch wenn sie nicht unmittelbar in Gesetzesänderungen münden. Sie verändern die **Funktionsbedingungen der Demokratie** selbst.

Damit wird deutlich: Kommunikation ist kein neutraler Raum, sondern ein **Machtfeld**, in dem politische Strategien umgesetzt werden - häufig wirksamer als durch formale Machtmittel.

4. Macht ohne Mehrheit: Eine neue Form politischer Wirksamkeit

Ein weiterer Grund, warum klassische Politikanalyse an ihre Grenzen stößt, liegt in der Entkopplung von **Macht und Mehrheit**. Die AfD übt politischen Einfluss aus, der über ihre formalen Mehrheitsverhältnisse hinausgeht. Dieser Einfluss speist sich aus ihrer Fähigkeit, Diskurse zu dominieren, Themen zu setzen und Reaktionszwänge zu erzeugen.

Politische Macht manifestiert sich hier nicht als Entscheidungsmacht, sondern als **Agenda- und Blockademacht**. Wer den Diskurs strukturiert, zwingt andere Akteure in reaktive Positionen und reduziert deren Handlungsspielräume - unabhängig von parlamentarischer Stärke.

Diese Form von Macht ist besonders wirksam in fragmentierten, krisenhaften Öffentlichkeiten. Sie begünstigt Akteure, die Kommunikation nicht als Austausch, sondern als **strategische Intervention** begreifen.

5. Konsequenz für die Analyse

Wenn Kommunikation politische Macht ist, dann reicht es nicht aus, politische Akteure nach ihren Programmen oder Aussagen zu bewerten. Es wird notwendig, ihre Strategien danach zu analysieren, **welche Wirkungen sie im politischen System erzeugen**.

Dieses Dossier folgt genau dieser Logik. Es versteht die AfD als Referenzfall für eine politische Strategie, die Kommunikation systematisch zur Machtausübung nutzt - mit Effekten, die weit über den Akteur selbst hinausreichen.

Erst auf dieser Ebene wird sichtbar, warum bestimmte Gegenreaktionen wirkungslos bleiben - und warum demokratische Systeme beginnen, an ihre Belastungsgrenzen zu stoßen.

Kapitel II - Das AfD-Playbook als Wirkungsmaschine

Wenn Kommunikation politische Macht ist, dann stellt sich die nächste Frage zwingend: **Wie wird diese Macht konkret erzeugt?** Dieses Kapitel beschreibt die AfD-Strategie nicht als lose Sammlung provokativer Aussagen, sondern als **kohärentes Wirkungsmodell**. Entscheidend ist dabei nicht die einzelne Botschaft, sondern das **Zusammenspiel mehrerer Ebenen**, die gemeinsam eine stabile politische Wirkung erzeugen.

Die AfD agiert nicht primär argumentativ, sondern **operativ**. Ihre Kommunikation ist darauf ausgelegt, systemische Effekte hervorzubringen - Effekte, die sich selbst verstärken und nur begrenzt von inhaltlicher Widerlegung beeinflussbar sind.

1. Von Aussagen zu Systemeffekten

Ein häufiger Fehler in der politischen Analyse besteht darin, Wirkung kausal zu denken: Aussage → Reaktion → Konsequenz.

In digitalen Öffentlichkeiten funktioniert politische Wirkung jedoch anders. Sie ist:

- **kumulativ** (entsteht durch Wiederholung),
- **sequenziell** (jede Reaktion verändert den Kontext),
- **pfadabhängig** (früh gesetzte Frames bestimmen spätere Deutung),

- **nicht-linear** (kleine Impulse können große Effekte haben).

Die AfD nutzt genau diese Eigenschaften. Einzelne Aussagen sind austauschbar. Entscheidend ist ihre **funktionale Rolle im Gesamtsystem**: Sie dienen als Trigger, Marker oder Verstärker innerhalb eines fortlaufenden Kommunikationsprozesses.

Faktenchecks oder Skandalisierungen greifen deshalb häufig ins Leere. Sie setzen auf der Ebene einzelner Inhalte an, während die eigentliche Wirkung auf der Ebene der **Systemdynamik** entsteht.

2. Die fünf Ebenen der AfD-Strategie - wirkungsökonomisch gelesen

Die AfD-Kommunikation lässt sich als **mehrstufiges Wirkungsmodell** beschreiben. Jede Ebene erfüllt eine spezifische Funktion, erst ihr Zusammenspiel erzeugt politische Macht.

2.1 Aufmerksamkeit - die Erzeugung von Aufmerksamkeits-Externalitäten

Die erste Ebene zielt ausschließlich auf Aufmerksamkeit. Provokation, Skandalisierung und Zuspitzung sind keine Nebenprodukte, sondern **operative Mittel**, um Sichtbarkeit zu erzwingen.

Wirkungsökonomisch entsteht hier eine Externalität: Die AfD internalisiert Aufmerksamkeit, während sie die Kosten - Polarisierung, Verrohung des Diskurses - dem System überlässt.

Aufmerksamkeit wird so zur Eintrittskarte in den politischen Raum, unabhängig von inhaltlicher Substanz.

2.2 Frame-Setzung - Deutungsmonopolisierung

Aufmerksamkeit allein ist flüchtig. Die zweite Ebene sorgt für Stabilisierung: **Frame-Setzung**. Unterschiedlichste Themen werden konsequent in denselben Deutungsrahmen eingebettet - meist antagonistisch, vereinfachend und moralisch aufgeladen.

Wirkungsökonomisch bedeutet das: Komplexität wird reduziert, Deutungsspielräume werden verengt. Andere Akteure können zwar widersprechen, bewegen sich dabei aber häufig **innerhalb desselben Rahmens**.

Die AfD gewinnt damit nicht notwendigerweise Zustimmung, aber **Deutungshoheit**.

2.3 Identität - Polarisationsrendite

Die dritte Ebene transformiert Deutung in Zugehörigkeit. Kommunikation richtet sich nicht mehr an Bürger:innen, sondern an **Gruppenidentitäten**. Zustimmung wird zur Frage der Loyalität.

Kritik wirkt hier nicht destabilisierend, sondern bestätigend. Sie verstärkt das „Wir gegen die“ und erhöht die innere Bindung. Polarisierung ist kein Kollateralschaden, sondern eine **Renditequelle**: Sie erhöht Mobilisierung und Aufmerksamkeit zugleich.

2.4 Institutionenangriff - Vertrauenszerstörung als politischer Effekt

Auf der vierten Ebene richtet sich die Kommunikation systematisch gegen demokratische Schiedsrichter: Medien, Wissenschaft, Justiz, Parlamente. Nicht punktuell, sondern strukturell.

Wirkungsökonomisch ist das besonders relevant, weil hier **Vertrauen als zentrale Ressource der Demokratie** angegriffen wird. Vertrauen wird nicht widerlegt, sondern erodiert - langsam, aber nachhaltig.

Die Folge ist keine unmittelbare Systemabschaffung, sondern **Handlungsunfähigkeit**: Entscheidungen verlieren Legitimität, Verfahren erscheinen manipuliert, Kompromisse werden diskreditiert.

2.5 Verbreitung - Skalierung negativer Wirkung

Die fünfte Ebene sorgt für Verstetigung und Reichweite. Inhalte werden so gestaltet, dass sie leicht weiterverbreitet, verkürzt und emotionalisiert werden können. Inoffizielle Netzwerke, soziale Medien und Meme-Formate übernehmen die Skalierung.

Entscheidend ist: Die Wirkung vervielfältigt sich, ohne dass sie noch kontrollierbar wäre. Verantwortung diffundiert, Effekte bleiben bestehen.

3. Warum diese Wirkungsmaschine robust ist

Die besondere Stärke dieses Playbooks liegt in seiner **Robustheit**. Es funktioniert:

- unabhängig vom konkreten Thema,
- unabhängig von faktischer Richtigkeit,
- unabhängig von parlamentarischer Stärke.

Kritik, Empörung und Widerlegung sind einkalkuliert. Sie wirken häufig als zusätzlicher Verstärker, weil sie Aufmerksamkeit erhöhen und den Konfliktrahmen bestätigen.

Damit entsteht ein selbstreferenzielles System: Kommunikation erzeugt Reaktionen, Reaktionen erzeugen neue Kommunikationsanlässe, die wiederum Wirkung entfalten.

4. Politische Bedeutung dieser Wirkungslogik

Wirkungsökonomisch betrachtet handelt es sich um eine **hoch effiziente politische Strategie**, deren Kosten jedoch vollständig externalisiert werden. Die AfD maximiert politische Wirkung, während sie die langfristigen Schäden - Polarisierung, Vertrauensverlust, Destabilisierung - nicht selbst tragen muss.

Genau hier liegt der politische Kern des Problems. Nicht, weil diese Strategie „radikal“ ist, sondern weil sie **funktioniert** - und weil demokratische Systeme bislang kaum Instrumente besitzen, um mit dieser Form von Macht umzugehen.

Kapitel III - Politische Wirkung: Destabilisierung als Strategie

Nachdem Kapitel II gezeigt hat, **wie** die AfD kommunikativ Wirkung erzeugt, richtet sich der Blick nun auf die **politische Qualität dieser Wirkung**. Denn politische Macht bemisst sich nicht allein an Wahlergebnissen oder Regierungsbeteiligung, sondern an der Fähigkeit, **Handlungsräume zu verändern, Entscheidungsprozesse zu blockieren und die Funktionsbedingungen des Systems selbst zu beeinflussen**.

Die zentrale These dieses Kapitels lautet: Die AfD verfolgt eine politische Strategie, deren wirksamstes Element nicht Durchsetzung, sondern **Destabilisierung** ist.

1. Was hier unter „politischer Wirkung“ zu verstehen ist

Politische Wirkung wird häufig mit konkreten Entscheidungen gleichgesetzt: Gesetze, Mehrheiten, Koalitionen. Diese Perspektive greift jedoch zu kurz. Politische Systeme sind nur handlungsfähig, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind:

- Vertrauen in Verfahren und Institutionen
- Akzeptanz von Kompromissen
- Anerkennung legitimer Gegnerschaft
- Bereitschaft zur kollektiven Problembearbeitung

Wer diese Voraussetzungen systematisch schwächt, übt politische Macht aus - **auch ohne formale Entscheidungshoheit.**

Die AfD-Strategie zielt genau auf diese Ebene. Ihre Wirkung besteht nicht primär darin, politische Alternativen umzusetzen, sondern darin, **die Fähigkeit des demokratischen Systems zur Selbststeuerung zu untergraben.**

2. Spaltung als funktionales Ziel

In vielen politischen Analysen wird Polarisierung als unbeabsichtigte Nebenfolge populistischer Rhetorik beschrieben. Wirkungsökonomisch ist diese Deutung unzureichend. Polarisierung ist kein Kollateralschaden, sondern ein **funktionales Element** der Strategie.

Spaltung erfüllt mehrere politische Funktionen gleichzeitig:

- Sie reduziert komplexe Konflikte auf binäre Gegensätze.
- Sie zwingt andere Akteure in reaktive Positionen.
- Sie verhindert breite Koalitionen und tragfähige Mehrheiten.
- Sie bindet Unterstützer:innen emotional und loyalitätsbasiert.

In einem polarisierten Umfeld wird politische Verständigung nicht nur schwieriger, sondern **verdächtig**. Kompromisse erscheinen als Verrat, institutionelle Verfahren als Manipulation. Genau hier liegt der strategische Nutzen: **Je konflikthafter das System, desto geringer seine Handlungsfähigkeit.**

3. Delegitimierung demokratischer Verfahren

Ein zentrales Element dieser Destabilisierungsstrategie ist der systematische Angriff auf demokratische Schiedsrichter. Medien, Parlamente, Gerichte und Wissenschaft werden nicht punktuell kritisiert, sondern **grundsätzlich infrage gestellt.**

Dabei geht es nicht um konkrete Fehlleistungen, sondern um die **Erosion von Autorität**. Wenn Verfahren als illegitim wahrgenommen werden, verlieren ihre Ergebnisse unabhängig vom Inhalt an Akzeptanz.

Wirkungsökonomisch ist dies besonders relevant, weil Vertrauen eine **nicht ersetzbare Ressource** demokratischer Systeme ist. Es lässt sich nicht erzwingen, nicht kurzfristig reparieren und nicht einfach neu erzeugen. Einmal beschädigt, wirkt Vertrauensverlust langfristig nach - auch über den konkreten Akteur hinaus.

4. Blockade statt Alternative

Auffällig an der AfD-Strategie ist, dass sie selten kohärente, umsetzbare Alternativen anbietet. Das ist kein Defizit, sondern Teil der Logik. Politische Wirksamkeit entsteht hier nicht durch Lösungskompetenz, sondern durch **Blockadefähigkeit**.

Blockade wirkt auf mehreren Ebenen:

- parlamentarisch durch Verweigerung
- diskursiv durch Skandalisierung
- gesellschaftlich durch Konfliktmobilisierung

Je stärker diese Blockaden greifen, desto weniger handlungsfähig erscheint das bestehende System. Diese Wahrnehmung wiederum legitimiert weitere Angriffe auf Institutionen - ein sich selbst verstärkender Kreislauf.

5. Destabilisierung im geopolitischen Kontext

Diese Form politischer Wirkung ist nicht auf den nationalen Raum beschränkt. Demokratien sind in internationale Bündnisse, wirtschaftliche Abhängigkeiten und sicherheitspolitische Strukturen eingebunden.

Innere Destabilisierung schwächt auch äußere Handlungsfähigkeit.

Gesellschaften, die polarisiert, misstrauisch und konfliktgeladen sind, reagieren langsamer, uneinheitlicher und widersprüchlicher auf externe Herausforderungen. Sie sind anfälliger für Desinformation, strategische Einflussnahme und politische Erpressbarkeit.

Wirkungsökonomisch betrachtet entsteht hier eine **strukturelle Anschlussfähigkeit an autoritäre Interessen**, ohne dass direkte Steuerung oder formale Kooperation notwendig wären. Destabilisierung wirkt - unabhängig von Intention.

6. Politische Bedeutung dieser Strategie

Die AfD-Strategie ist politisch deshalb relevant, weil sie Macht **unterhalb der Schwelle formaler Herrschaft** ausübt. Sie verändert nicht sofort Gesetze, aber sie verändert die Bedingungen, unter denen Gesetze möglich sind.

Damit wird deutlich: Die eigentliche Herausforderung besteht nicht darin, eine Partei zu widerlegen oder zu isolieren, sondern darin, **die Wirkung einer Destabilisierungsstrategie zu erkennen und zu begrenzen**, bevor sie irreversible Schäden anrichtet.

Dieses Dossier versteht Destabilisierung daher nicht als moralisches Problem, sondern als **politische Strategie**, deren Wirkungen ernst genommen werden müssen - gerade weil sie nicht offen als solche auftreten.

Kapitel IV - Externe Anschlussfähigkeit und Einflusslogik

Die Frage nach externem Einfluss auf die AfD - insbesondere durch Russland - wird in der öffentlichen Debatte häufig entweder überzeichnet oder reflexhaft abgewehrt. Beides verfehlt den analytischen Kern. Wirkungsökonomisch ist nicht entscheidend, ob politische Akteure **gesteuert** werden, sondern **welche**

systemischen Effekte ihr Handeln erzeugt - und wem diese Effekte nutzen.

Dieses Kapitel unterscheidet daher strikt zwischen **direkter Einflussnahme**, **politischer Kongruenz** und **wirkungsgleicher Strategie**.

1. Direkte Einflussnahme: Was belegbar ist - und was nicht

Es existieren dokumentierte und öffentlich bekannte Fälle von Kontakten zwischen AfD-Akteuren und russischen Netzwerken. Dazu zählen:

- politische Kontakte und Reiseeinladungen,
- Auftritte in russischen Staatsmedien,
- wiederkehrende Übereinstimmungen in außenpolitischen Positionierungen,
- personelle Nähe einzelner Akteure zu russlandnahen Organisationen.

Diese Fakten belegen **Kontakt und Nähe**, nicht jedoch eine flächendeckende, hierarchische Steuerung der Partei. Eine solche Annahme wäre analytisch unhaltbar und politisch angreifbar.

Entscheidend ist daher: **Direkte Einflussnahme ist punktuell belegbar - systemische Steuerung nicht.**

2. Warum Steuerung nicht notwendig ist

Moderne geopolitische Einflussnahme funktioniert nicht primär über Befehlsketten, sondern über **Wirkungskongruenz**. Autoritäre Akteure müssen politische Kräfte in Demokratien nicht kontrollieren, wenn diese **aus eigener Logik heraus Effekte erzeugen**, die autoritären Interessen entsprechen.

Aus wirkungsökonomischer Perspektive gilt:

Wenn eine politische Strategie dieselben systemischen Effekte hervorbringt, die ein externer Akteur strategisch anstrebt, ist direkte Steuerung überflüssig.

Die AfD-Strategie erzeugt wiederholt Effekte, die mit den strategischen Interessen autoritärer Staaten - insbesondere Russlands - **funktional kompatibel** sind:

- Schwächung demokratischer Institutionen
- Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse
- Blockade außenpolitischer Geschlossenheit
- Relativierung völkerrechtlicher Normen

Diese Effekte wirken **unabhängig von Motivation oder Absicht**.

3. Anschlussfähigkeit als geopolitischer Wirkungsfaktor

Der zentrale Begriff in diesem Zusammenhang ist **Anschlussfähigkeit**. Anschlussfähig ist eine politische Strategie dann, wenn ihre Wirkungen:

- bestehende Machtverschiebungen verstärken,
- externe Narrative plausibel erscheinen lassen,
- Reaktionsfähigkeit demokratischer Systeme mindern.

Die AfD-Kommunikation ist in diesem Sinne hoch anschlussfähig. Sie erzeugt ein politisches Klima, in dem:

- multilaterale Bündnisse als Belastung erscheinen,
- demokratische Entscheidungsprozesse als manipuliert wahrgenommen werden,
- internationale Solidarität als fremdbestimmt delegitimiert wird.

Wirkungsökonomisch entsteht hier ein **strategischer Resonanzraum**, den autoritäre Akteure nutzen können, ohne selbst sichtbar zu werden.

4. Der Unterschied zwischen Einfluss und Wirkung

Ein häufiger Fehler in der öffentlichen Debatte besteht darin, Einfluss ausschließlich als **intentionalen Akt** zu begreifen: jemand steuert, jemand folgt. Wirkungsökonomisch ist diese Perspektive zu eng.

Politisch relevanter ist die Frage:

- **Welche Wirkungen entfaltet eine Strategie im System?**
- **Wessen Handlungsfähigkeit wird gestärkt oder geschwächt?**

In diesem Sinne wirkt die AfD-Strategie **destabilisierend auf demokratische Ordnungen** und **stabilisierend für autoritäre Machtlogiken** - unabhängig davon, ob dies intendiert ist oder nicht.

Diese Wirkung ist real, messbar und politisch relevant.

5. Warum das keine Verschwörung ist

Der Vorwurf der „Verschwörungstheorie“ greift hier nicht, weil dieses Dossier **keine Intentionsbehauptung** aufstellt. Es behauptet nicht, die AfD werde zentral gesteuert oder agiere im Auftrag externer Mächte.

Stattdessen beschreibt es einen **wirkungsgleichen Zusammenhang**:

Politische Strategien, die demokratische Systeme spalten und schwächen, erzeugen Effekte, die autoritären Akteuren nutzen - unabhängig von direkter Einflussnahme.

Diese Aussage ist analytisch überprüfbar und politisch relevant. Sie verschiebt den Fokus von Schuldzuweisung zu **Systemverantwortung**.

6. Politische Konsequenz dieser Einflusslogik

Die entscheidende Konsequenz lautet daher nicht, einzelne Akteure zu verdächtigen, sondern **die Wirkungen politischer Kommunikation ernst zu nehmen**. Demokratien, die Destabilisierung als bloße Meinungsäußerung behandeln, verkennen die geopolitische Dimension digitaler Öffentlichkeiten.

Externe Einflussnahme beginnt nicht bei der Steuerung einzelner Parteien, sondern bei der **Erosion demokratischer Selbststeuerungsfähigkeit**.

Genau hier liegt der politische Kern dieses Kapitels: Nicht weil externe Akteure allmächtig wären, sondern weil **interne Wirkungsblindheit** sie wirksam werden lässt.

Kapitel V - Warum Demokratie diese Wirkungen nicht erkennt

Wenn die AfD-Strategie so wirksam ist, stellt sich eine unbequeme Frage: **Warum wird diese Wirkung nicht früher erkannt, benannt und begrenzt?** Die Antwort liegt nicht in fehlendem Wissen oder mangelndem Engagement einzelner Akteure, sondern in **strukturellen Blindstellen demokratischer Systeme** selbst.

Dieses Kapitel zeigt, warum Demokratien auf Wirkungsebene häufig reaktiv, verspätet oder wirkungslos bleiben - obwohl die problematischen Effekte sichtbar sind.

1. Die Fixierung auf Inhalte und Skandale

Demokratische Öffentlichkeiten sind historisch darauf ausgerichtet, **Aussagen zu bewerten**: wahr oder falsch, legitim oder illegitim, sagbar oder unsagbar. Diese Logik stammt aus einer Zeit, in der politische Kommunikation langsamer, linearer und institutionell eingebettet war.

In digitalen Öffentlichkeiten ist diese Logik überholt. Dennoch dominiert sie weiterhin:

- Medien prüfen Aussagen und produzieren Gegenrede.
- Politik reagiert mit Abgrenzung oder Empörung.
- Zivilgesellschaft versucht, durch moralische Appelle zu korrigieren.

All diese Reaktionen setzen auf der **Inhaltsebene** an. Sie verfehlen damit die Ebene, auf der die eigentliche Wirkung entsteht: die **Systemdynamik** aus Aufmerksamkeit, Wiederholung, Polarisierung und Vertrauensabbau.

Skandale sind in diesem Kontext kein Warnsignal, sondern ein **Betriebsmodus**, der populistische Strategien zusätzlich antreibt.

2. Reaktive Politik in einem proaktiven Wirkungsfeld

Demokratische Politik ist institutionell auf **Reaktion** ausgelegt: auf Ereignisse, Anträge, öffentliche Debatten. Populistische Kommunikationsstrategien agieren dagegen **proaktiv**. Sie erzeugen fortlaufend neue Reizpunkte, auf die andere Akteure reagieren müssen.

Diese Asymmetrie erzeugt einen strukturellen Nachteil. Wer reagiert, übernimmt implizit den gesetzten Rahmen. Selbst Zurückweisung oder Distanzierung stabilisieren häufig genau jene Themen und Konfliktlinien, die populistische Akteure setzen wollen.

Politische Handlungsmacht verschiebt sich dadurch von Gestaltung zu **Dauerabwehr** - ein Zustand, der demokratische Systeme auf Dauer erschöpft.

3. Fehlende Wirkungsmessung

Ein zentraler Grund für diese Blindheit liegt in der **fehlenden systematischen Erfassung von Wirkung**. Demokratien verfügen über ausgefeilte Instrumente zur Messung von:

- Wahlergebnissen
- Zustimmungswerten
- Medienreichweiten

Was jedoch weitgehend fehlt, sind belastbare Instrumente zur Messung von:

- Vertrauensverlust in Institutionen
- Polarisierungsdynamiken
- Verschiebungen von Deutungsrahmen
- Rückzug aus politischer Beteiligung

Ohne solche Indikatoren bleibt Wirkung diffus. Sie wird wahrgenommen, aber nicht **steuerungsrelevant** gemacht. Politische Systeme reagieren damit auf Symptome, nicht auf Ursachen.

4. Das Missverständnis von Meinungsfreiheit

Ein weiterer blinder Fleck liegt im Umgang mit Meinungsfreiheit. In der demokratischen Debatte wird sie häufig als **Abwehrrecht gegen Regulierung** verstanden. Jede Kritik an Kommunikationswirkungen gerät schnell unter Zensurverdacht.

Wirkungsökonomisch ist diese Gleichsetzung problematisch. Meinungsfreiheit schützt die **Äußerung**, nicht die **Folgen unbegrenzter Wirkung**. In anderen Politikfeldern ist diese Unterscheidung selbstverständlich: Wirtschaftliche Freiheit endet dort, wo systemische Schäden entstehen. Umwelt- oder Finanzexternalitäten werden reguliert, ohne individuelle Freiheit grundsätzlich infrage zu stellen.

Im Bereich politischer Kommunikation fehlt eine vergleichbare Wirkungslogik bislang nahezu vollständig.

5. Institutionelle Fragmentierung

Demokratische Verantwortung für Kommunikationswirkungen ist institutionell zersplittert:

- Medien sehen sich als Beobachter, nicht als Wirkungsakteure.
- Plattformen verweisen auf technische Neutralität.
- Politik verweist auf Meinungsfreiheit.
- Wissenschaft analysiert, ohne zu steuern.

Diese Fragmentierung erzeugt **Verantwortungslosigkeit ohne Verantwortliche**. Jeder Akteur agiert innerhalb seiner Logik, während die systemischen Effekte unadressiert bleiben.

Populistische Strategien profitieren genau von dieser Lücke.

6. Wirkung ohne Zuständigkeit

Das zentrale Problem lässt sich daher so zusammenfassen: Demokratische Systeme erzeugen und erleiden **politische Wirkungen**, ohne dass es klare Zuständigkeiten für deren Steuerung gibt.

Solange Wirkung nicht als eigenständige Kategorie politischer Verantwortung anerkannt wird, bleiben Demokratien strukturell unterlegen gegenüber Akteuren, die genau diese Wirkung bewusst optimieren.

Dieses Kapitel macht deutlich: Das Versagen liegt nicht im Mangel an Werten oder Engagement, sondern in einer **institutionellen Wirkungsblindheit**, die dringend überwunden werden muss.

Kapitel VI - Wirkungsökonomische Gegenstrategie

Wenn politische Wirkung systemisch entsteht, kann ihr nicht mit punktueller Gegenrede, moralischer Abgrenzung oder reiner Regulierung begegnet werden. Eine wirksame demokratische Antwort muss auf derselben Ebene ansetzen wie das Problem selbst: **bei den Wirkungsbedingungen politischer Kommunikation**.

Dieses Kapitel entwickelt daher keine Gegenpropaganda und kein Abwehrhandbuch, sondern eine **wirkungsökonomische Gegenstrategie**. Ihr Ziel ist es, politische Kommunikation so zu gestalten und zu rahmen, dass **demokratiestabilisierende Effekte** wahrscheinlicher werden - und destruktive Wirkungen frühzeitig erkannt und begrenzt werden können.

1. Steuerung von Systembedingungen statt Kontrolle von Meinungen

Die zentrale Leitidee lautet: Demokratische Gegenstrategien dürfen nicht auf Inhalte zielen, sondern auf **Systembedingungen**.

Wirkungsökonomisch bedeutet das:

- Nicht *was* gesagt wird, ist entscheidend,
- sondern *unter welchen Bedingungen* Aussagen Wirkung entfalten.

Populistische Strategien nutzen derzeit eine Aufmerksamkeitsökonomie, die Polarisierung, Zuspitzung und Delegitimierung belohnt. Solange diese Anreizstruktur unverändert bleibt, wird jede inhaltliche Korrektur strukturell unterlegen sein.

Eine demokratische Gegenstrategie muss daher an folgenden Punkten ansetzen:

- Sichtbarkeit nicht nur nach Reichweite, sondern nach **Resonanzqualität** bewerten,
- Konflikt nicht belohnen, sondern **Kontextualisierung und Einordnung** stärken,
- Aufmerksamkeit nicht monopolisieren lassen, sondern **pluralisieren**.

Es geht nicht um Einschränkung von Meinungsfreiheit, sondern um **Wirkungsfeedback** für ein System, das bislang blind agiert.

2. Frühwarnsysteme für destruktive Wirkung

Ein zentrales Defizit demokratischer Systeme ist das Fehlen von Frühwarnmechanismen für politische Destabilisierung. Wirkungsökonomisch ist dies vergleichbar mit Umwelt- oder Finanzsystemen ohne Monitoring: Schäden werden erst erkannt, wenn sie bereits eingetreten sind.

Eine Gegenstrategie muss daher **Marker und Muster** identifizieren, die auf problematische Wirkung hinweisen, etwa:

- systematische Eskalation von Konflikten,
- dauerhafte Delegitimierung institutioneller Schiedsrichter,
- Polarisierung ohne Lösungsangebote,
- Blockade politischer Entscheidungsfähigkeit.

Solche Marker erlauben keine Zensur, wohl aber **informierte Reaktion**. Sie verschieben den Fokus von der einzelnen Aussage auf die **Dynamik**, die sie auslöst.

3. Reframing statt Reaktion

Ein wiederkehrendes Problem demokratischer Akteure ist die reaktive Übernahme populistischer Frames. Jede defensive Antwort innerhalb eines fremden Deutungsrahmens stabilisiert diesen.

Wirkungsökonomisch wirksam ist daher nicht Widerspruch, sondern **Reframing**:

- Themen werden neu kontextualisiert,
- Bedeutungen verschoben,
- Konflikte aus der binären Logik gelöst.

Reframing zielt nicht auf Überzeugung einzelner Gruppen, sondern auf die **Öffnung von Diskursräumen**, in denen Komplexität wieder sagbar wird. Das ist langsamer, aber nachhaltiger als permanente Eskalation.

4. Institutionelle Wirksamkeit als Gegen-Narrativ

Vertrauen entsteht nicht durch Verteidigung von Institutionen, sondern durch **erlebbare Wirksamkeit**. Eine wirkungsökonomische Gegenstrategie ist daher untrennbar mit institutioneller Leistungsfähigkeit verbunden.

Demokratische Institutionen müssen:

- Entscheidungen nachvollziehbar erklären,
- Zielkonflikte transparent machen,
- Fehler benennen und korrigieren,
- Wirkung sichtbar machen.

Je mehr politische Prozesse als funktional und lernfähig wahrgenommen werden, desto geringer ist die Anschlussfähigkeit destabilisierender Strategien.

5. Plattformgerechte, aber nicht populistische Kommunikation

Eine weitere zentrale Dimension betrifft die Kommunikationsform. Demokratische Akteure dürfen digitale Plattformen nicht ignorieren, müssen sich ihrer Logik jedoch **bewusst widersetzen**.

Wirkungsökonomisch heißt das:

- klare, verständliche Kommunikation ohne Vereinfachung auf Feindbilder,
- serielle Formate statt punktueller Reaktionen,
- persönliche Ansprache ohne Identitätspolitik,
- Transparenz über Entscheidungslogiken statt moralischer Appelle.

Es geht nicht darum, populistische Mittel zu kopieren, sondern darum, **demokratische Wirksamkeit** plattformfähig zu machen.

6. Wirkungsmessung als demokratische Lernschleife

Am Ende jeder Gegenstrategie steht die Frage der Evaluation. Ohne Wirkungsmessung bleibt jede Intervention blind.

Demokratische Wirkungsmessung sollte sich nicht auf Zustimmung beschränken, sondern folgende Dimensionen berücksichtigen:

- Entwicklung von Vertrauen,
- Qualität öffentlicher Debatten,
- Verschiebung dominanter Deutungsrahmen,
- Beteiligung und Engagement jenseits von Empörung.

Erst wenn diese Effekte systematisch beobachtet und rückgekoppelt werden, kann Demokratie als **lernendes System** agieren.

Kapitel VII - Schluss: Demokratie braucht Wirkungsfeedback

Dieses Dossier ist von einer einfachen, aber folgenreichen Beobachtung ausgegangen: Der politische Erfolg der AfD lässt sich nicht überzeugend durch Inhalte, Programme oder einzelne Skandale erklären. Er ist das Ergebnis einer **strategisch eingesetzten Kommunikationsmacht**, deren Wirkung sich auf der Ebene des politischen Systems entfaltet - nicht auf der Ebene einzelner Aussagen.

Diese Erkenntnis zwingt zu einem Perspektivwechsel. Die zentrale Herausforderung moderner Demokratien besteht nicht mehr allein darin, Meinungen zuzulassen, Mehrheiten zu organisieren oder Verfahren zu verteidigen. Sie besteht darin, **die Wirkungen politischer Kommunikation zu erkennen, zu verstehen und steuerungsfähig zu machen**.

1. AfD als Referenzfall, nicht als Ausnahme

Die AfD ist in diesem Dossier nicht als singuläre Bedrohung analysiert worden, sondern als **Referenzfall**. Sie macht sichtbar, welche Formen politischer Wirksamkeit unter digitalen Bedingungen besonders effizient sind: Aufmerksamkeit statt Argument, Polarisierung statt Kompromiss, Destabilisierung statt Gestaltung.

Gerade darin liegt die eigentliche Relevanz der Analyse. Denn nichts an diesen Mechanismen ist exklusiv auf die AfD beschränkt. Wo immer politische Kommunikation primär nach Reichweite, Eskalation und Identitätsbindung optimiert wird, entstehen vergleichbare Effekte - unabhängig von ideologischer Ausrichtung.

Die AfD zeigt nicht, *was falsch ist*, sondern **was funktioniert**, solange Wirkung unbeobachtet bleibt.

2. Das eigentliche Demokratiedefizit

Das zentrale Demokratiedefizit, das dieses Dossier offenlegt, ist kein Mangel an Werten, Rechtsstaatlichkeit oder Engagement. Es ist ein **Mangel an Wirkungsbewusstsein**.

Demokratische Systeme haben gelernt, Macht zu kontrollieren, Interessen auszugleichen und Verfahren zu legitimieren. Sie haben jedoch bislang kaum Instrumente entwickelt, um mit der Tatsache umzugehen, dass politische Macht heute zunehmend **kommunikativ, kumulativ und systemisch** wirkt.

Solange politische Wirkung nicht als eigenständige Kategorie von Verantwortung anerkannt wird, bleiben Demokratien strukturell reaktiv. Sie reagieren auf Eskalation, statt ihre Bedingungen zu verändern. Sie korrigieren Inhalte, während Wirkungs dynamiken fortlaufen.

3. Warum Meinungsfreiheit und Wirkungssteuerung kein Widerspruch sind

Ein zentrales Missverständnis besteht darin, jede Diskussion über Kommunikationswirkung als Angriff auf Meinungsfreiheit zu deuten. Dieses Dossier hat bewusst gezeigt, dass diese Gleichsetzung analytisch unhaltbar ist.

Meinungsfreiheit schützt die Äußerung. Sie entbindet jedoch nicht von der Verantwortung für **systemische Effekte**, die durch massenhafte, strategisch eingesetzte Kommunikation entstehen. In allen anderen gesellschaftlichen Bereichen ist diese Unterscheidung selbstverständlich: Freiheit endet dort, wo unkontrollierte Wirkung kollektiven Schaden erzeugt.

Demokratische Wirkungssteuerung bedeutet daher nicht Zensur, sondern **Transparenz, Feedback und Lernfähigkeit**.

4. Demokratie als lernendes System

Die zentrale Perspektive dieses Dokuments lässt sich in einem Satz zusammenfassen:

Demokratie scheitert nicht an ihren Gegnern, sondern an fehlendem Wirkungsfeedback.

Ein lernendes demokratisches System zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht nur Entscheidungen trifft, sondern ihre Folgen beobachtet, bewertet und korrigiert. Dazu gehört, politische Kommunikation nicht länger als neutralen Begleitprozess zu behandeln, sondern als **zentrales Macht- und Wirkungsfeld**.

Erst wenn Wirkung sichtbar, messbar und diskutierbar wird, kann Demokratie ihre eigene Resilienz stärken - ohne Abschottung, ohne Moralisierung, ohne autoritäre Reflexe.

5. Schlussgedanke

Die AfD-Strategie zeigt, wie politische Macht heute ausgeübt werden kann, wenn Wirkung nicht reflektiert wird. Die eigentliche Frage ist daher nicht, wie man diese Strategie moralisch bewertet, sondern **welche Lehren demokratische Systeme daraus ziehen**.

Dieses Dossier versteht sich als Beitrag zu genau dieser Lernbewegung. Nicht, um politische Auseinandersetzung zu beenden, sondern um sie **auf eine Ebene zu heben, auf der Demokratie wieder steuerungsfähig wird**.

Denn nur eine Demokratie, die ihre Wirkungen kennt, kann ihre Freiheit bewahren.

[Zurück zum Journal](#)